



Vor einem Jahre.

14. October. Der vom Marschall Bazaine abgesandte General Boyer unterhandelt im Hauptquartier zu Versailles.
" " Das 12. sächsische Armeecorps hat einen neuen Ausfall von Paris abzuweisen. — Garibaldi langt in Vesançon an.

Tagesbericht vom 12. October.

Berlin. Im Bundesrathe hielt gestern der Ausschuss für Justizwesen eine Sitzung. Die andern Arbeiten der Ausschüsse erstrecken sich außer dem Budget auf die Verathung des Fest-Rayongesetzes u. nächst dem auf den Militär-Etat u. die Münz-Reform, während die Preßgesetzgebung für die Frühjahrsession vertagt sein soll. Nach dem Reichsanzeiger wird der Entwurf des neuen Militär-Strafgesetzbuchs von einer zahlreichen Commission, die meist aus Militärs und nur einigen Juristen zusammengesetzt ist, verathen. — Gerüchtweise verlautet, der Kaiser Franz Joseph werde Ende des Monats nach hier kommen.

Nach telegr. Nachricht aus London hat die französische Regierung der englischen vorgeschlagen, den Einfuhrzoll der Baumwolle, Leinwand und Gewebe nach Frankreich zu erhöhen, wogegen England gleichzeitig den Import der französischen Baumwolle von Hanf und Seidenwaaren mit höherem Zoll belegen soll. General von Blumenthal hat sich nach Balmoral zur Königin begeben. — Für die durch den großen Brand in Chicago zahlreichen unglücklich gewordenen Bewohner finden bereits überall in den vereinigten Staaten Sammlungen statt und auch in London war am 12. d. bereits ein Meeting zu diesem Zwecke ausgeschrieben. — Nach dem neuesten Militär-Wochenblatt und zwar durch eine Extra-Nummer wird die Feststellung der Personalien des Generalstabes der Armee aufgezählt.

Die kirchliche October-Versammlung.

Vorbemerkung. Wenn wir gestern von der geistlichen October-Versammlung unsern Lesern ein direct zugegangenes specielles Referat brachten, so müssen wir in Rücksicht auf die Tendenz und die darin verlaublichste mustergültigste Orthodoxie, für deren Licht und Salz gewiß unsere Leser mit uns danken werden, heute um Entschuldigung bitten. Wir glaubten an Thaten der Barmherzigkeit, hofften auf Worte christlicher Liebe und werden nun durch den krafftesten Blindglauben und den modersten Pietismus in unserm berechtigten Verhoffen vollständig getäuscht. — Danach müssen wir von der Fortsetzung des Referats absehen und werden die weiteren Verhandlungen, wenn nöthig, nur mit kurzen Strichen zeichnen. Die Red. Die am 11. eröffnete Sitzung beginnt wiederum mit Gesang, wonach Prediger Blumhardt in versöhnlicher Rede die Dissonanzen in der Kirche bespricht und zur Erreichung einer Konzentration der Landeskirche einen auszusprechenden Kirchenreichstag in ausgedehntem Sinne und wobei jede Gemeinde vertreten sein soll, beantragt. Nach ihm ein Herr Wangele — Dissonansdirector — der wiederum alle guten Bestrebungen zu Schanden macht. Dann eine von Hrn. Professor Beislag proponirte Erklärung an die katholischen Mitchristen. Dieselbe wird nicht zu Ende verathen. Dann Gesang. Vertagung.

Was wird wohl daraus werden?

Aus dem Bureau der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.

Am 29. d. M. wird die erste ordentliche Generalversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung zu Berlin stattfinden. Die Tagesordnung derselben soweit sie bis jetzt festgestellt ist, umfaßt die definitive Wahl des Ausschusses für die nächsten 3 Jahre, Abänderungsvorschläge des Statuts, betreffend die Organisation der Bezirksverbände und Zweigvereine, Berichte über die Thätigkeit der Gesellschaft und die Kasse u. s. w. Als Einleitung wird Herr Dr. Löwe (Calbe) am 28. Abends im großen Handwerkervereine sprechen über die Bedeutung der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ für unsere nationale Culturentwicklung. Der jetzige provisorische Ausschuss besteht aus den Herren: Schulze-Delitzsch (Vorsitzender) Prof. Dr. v. Holtzendorff und Dr. Eberth (Beisitzer) Franz Dunder (Schatzmeister) Dr. Franz Leibing (Secretär) Dr. Friedrich Kopp, Volks-

Deutschland.

Berlin, den 12. October. Se. Maj. der Kaiser hatte heute, nach der Rückkehr von Potsdam, Unterredungen mit dem General-Feldmarschall Grafen Moltke und dem General v. Stranz, der bei der Grenzregulierungsarbeit thätig ist, und wurden dieselben auch mit vielen Generalen, den Militärbevollmächtigten Rußlands, Englands, Oesterreichs u. s. w. zur Tafel gezogen.

Ihre Majestät die Kaiserin empfing in Baden den Vorstand des badischen Frauenvereins, der aus Karlsruhe geladen war, um für seine großartigen Leistungen während der Kriegszeit, unter Leitung der allverehrten Großherzogin, den kaiserlichen Dank zu empfangen. Der Finanzminister Camphausen und der Staatsminister Delbrück statten gestern Nachmittags dem französischen Finanzminister Pouyer-Quertier im Hotel Royal einen Besuch ab. Letzterer wohnte heute einer Konferenz im auswärtigen Amte an. Erst während des Aufenthaltes zu Baden hat Se. Maj. der Kaiser über die mit der neuen kaiserlichen Würde verknüpften Insignien, über Kaiserwappen, Kaiserstandarte, Kaiserthron u. s. w. genauere Bestimmungen getroffen. Das Kaiserwappen erscheint, wie das königlich preussische in dreierlei Gestalt, es giebt ein größeres, mittleres und kleineres. Von letzterem giebt die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgende Beschreibung:

In einem goldenen Schilde erscheint der Reichsadler, nämlich: ein schwarzer mit rothem Schnabel, rother Zunge und rothen Klauen versehener Adler, auf dessen Brust der königlich preussische Wappenschild liegt. Derselbe ist silbern, der Adler darin schwarz mit goldenem Schnabel, goldenen Klauen, rother Zunge, auf den Flügeln mit goldenen Kleestängeln besetzt, mit der Königskrone gekrönt und in den Klauen, rechts den goldenen Königszepter, links den blauen, goldberesteten und bekrenzten Reichsapfel haltend. Die Brust dieses preussischen Reichsadlers ist belegt mit dem von Silber und Schwarz gebierten Ho-

schriftsteller Ferdinand Schmidt, Dr. Max Hirsch, Dr. Schwabe, Chef des statistischen Büreaus von Berlin, Abg. Parisius, Abg. Dr. Löwe (Calbe) und Director Dr. Brehm. Die auswärtigen Mitglieder der Ausschusses sind: Justizrath von Ammon (Köln) Gym. Director Dr. Duden (Schleiz) Fabrikant Fritz Kalle (Biebrich) Landtagsmitgl. Julius Knorr (München) Redacteur A. Lammers (Bremen) Hans Behringer (Leiter d. Bayr. Flugschriftenver.) Dr. Natorp (Essen) Hofgerichtsdav. Ohly (Darmstadt) Dr. Ed. Pfeiffer (Stuttgart) G. Rittershaus (Barmen) Jul. Schulze (Secr. d. niederhein. Fabr. Ver.) Bankdirector Thorothe (Oldenburg) Redacteur Franz Walz (Frankfurt a/M). Das Organ der Gesellschaft und der mit ihr in Verbindung stehenden Vereine ist der „Bildungsverein“ Verbindungen mit dem Buchhandel gestatten der Gesellschaft schon jetzt ihren Mitgliedern zahlreiche Werke zu 20—50% des Ladenpreises zu liefern. Abgesehen von den deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und den Gewerkvereinen, die sich für Anschluß entschieden haben, beträgt die Zahl der persönlichen Mitglieder zur Zeit 430 Personen, die der corporativen (darunter Vereine von 1700—8000 Personen) einige dreißig. Außer den einmaligen Capitalzahlungen beträgt die 1 Jahreseinnahme gegen 200 Thlr. Für eine fortgesetzte große und fruchtbare Einwirkung auf die Masse unseres der Belehrung und Aufklärung bedürftigen Volkes ist die Summe freilich noch viel zu gering, indessen ist Hoffnung vorhanden, daß in dem Maße, wie man sich allmählich namentlich nach Erscheinen des „Bildungsvereins“ von der einsichtsvollen Leitung und dem praktischen Werthe der Gesellschaft überzeugt, die Mittel derselben wachsen werden.

Der „Nouveliste de Rouen“ veröffentlicht das nachfolgende bisher unbekanntes Aktenstück, dem die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der während des letzten Feldzuges vorgefallenen Kapitulationen im Augenblicke ein erhöhtes Interesse verleiht; es ist dies nämlich das authentische Protokoll des Kriegsrathes, in Folge dessen die Kapitulation von Sedan beschlossen wurde. Dieses Dokument lautet:

Hauptquartier Sedan, 5. September 1870.

Heute, den 2. September, um 6 Uhr früh trat auf Anordnung des Obergenerals ein Kriegsrath zusammen, zu welchem die kommandirenden Divisionsgenerale und die Artillerie- und Genie-Obergenerale der Armee einberufen wurden.

Der kommandirende General entwarf folgende Darstellung „Gemäß den Befehlen des Kaisers und als Folge

benzollern'schen Stammschilde. Auf dem Goldschilde mit dem Reichsadler ruht die Reichskrone — ein goldener Stirnreif, der aus vier größeren und vier kleineren, abwechselnd neben einander gestellten Schildchen gebildet ist. In den größeren Schildchen erscheint ein gerades Kreuz, in den kleineren der Reichsadler. Diese Krone ist mit vier Bügeln geschlossen, welche im Scheitelpunkte, wo sie zusammentreffen, einen Reichsapfel trägt. Eine Mütze, von Goldstoff überzogen, ragt innerhalb bis zur halben Höhe der Bügel hervor. Um den Goldschild schlingt sich die Kette des Schwarzen Adler-Ordens. — Nach der „N. Pr. Ztg.“ wird die Uebergabe des provisorischen Parlamentsgebäudes an das Bundeskanzleramt am Freitag stattfinden.

Bisher konnten nur denselben Zeitungs-Exemplaren, welche im Orte des Erscheinens durch besondere Boten — nicht per Post — besorgt wurden, extraordinäre Beilagen hinzugefügt werden. Vom 15. October ab ist dies allgemein auch bezüglich aller, nach auswärts gehenden und durch die Post besorgten Exemplare gestattet. Die Geschäftshäuser u., welche ihre Circulare, Prospekt-Preiscourante, Probebogen, Zeichnungen, Empfehlungen u. s. w. auf diese Weise versenden wollen, haben sich mit dem Verleger der betreffenden Zeitung zu verständigen. Die Post erhebt 1 Pfennig pro Exemplar. Außer diesem billigen Sage ergibt sich auch insofern ein Vortheil für die Geschäftswelt, als die Verpackung unter Band und die Adreßirung der einzelnen Sendungen erspart wird, und man überdies, wenn man sich an die richtige Zeitung — je nach den verschiedenen Leserkreisen — wendet, mit ziemlicher Gewißheit annehmen kann, daß die Offerten, Preiscourante, Empfehlungen u. an das entsprechende Publikum gelangen. Bei intelligenter Benutzung dieses Mittels können den Geschäftstreibenden aus dem neuen Verfahren große Vortheile erwachsen.

Die „Neue Preuß. Ztg.“ hatte neulich in Vertretung des kirchlichen Standpunktes sehr entschieden gegen

des zwischen den beiden Armeen eingetretenen Waffenstillstandes mußte ich mich zu dem Herrn General Grafen Moltke, Bevollmächtigten des Königs von Preußen, begeben, zu dem Zwecke, für die nach einer unglücklichen Schlacht in die Festung zusammengedrückte Armee die bestmöglichen Bedingungen zu erwirken. Gleich nach den ersten Worten unserer Unterordnung erkannte ich, daß Graf Moltke leider eine vollkommene Kenntniß unserer Lage besaß und daß er sehr gut wußte, wie die Armee an Lebensmitteln und Schießbedarf zänzlischen Mangel litt. Herr v. Moltke theilte mir gestern mit, daß wir gegen eine Armee von 220,000 Mann gekämpft, die uns von allen Seiten umgab. General, sagte er mir, wir sind geneigt, Ihrer Armee, die sich heute so tapfer geschlagen, die ehrenvollsten Bedingungen zuzugestehen. Diese Bedingungen müssen indeß mit den Anforderungen unserer Position verträglich sein. Wir verlangen, daß die französische Armee kapitulire. Sie geht in Kriegsgefangenschaft; die Offiziere behalten ihre Degen und ihr persönliches Eigenthum. Die Waffen der Truppen werden in einem Magazin der Stadt niedergelegt, um uns übergeben zu werden.

Der General befragte die Mitglieder des Kriegsrathes ob nach ihrer Ansicht ein Kampf noch möglich sei. Die große Mehrheit antwortete verneinend. Nur zwei Generale sprachen die Meinung aus, daß man sich in der Festung vertheidigen oder durchzubrechen versuchen solle. Es wurde ihnen entgegnet, daß die Vertheidigung des Platzes unmöglich sei, weil vollständiger Mangel an Lebensmitteln und Schießbedarf herrsche; daß die Anhäufung von Mannschaft und Fuhrwerken in den Straßen jeden Verkehr unmöglich mache; daß unter solchen Verhältnissen das Feuer der feindlichen Artillerie, welche bereits alle umliegenden Höhen besetzt halte, eine furchtbare Schlächterei ohne irgend welches nützliche Ergebnis verursachen würde; daß der Durchbruch unmöglich sei, weil der Feind bereits die Schutzwahren des Platzes in Besitz genommen habe und auf die schmalen Zugänge zu denselben seine Kanonen gerichtet seien. Die beiden Generale fügten sich nun der Meinung der Mehrheit.

In Folge dessen erklärte der Kriegsrath dem Obergeneral, daß wir, Angesichts der materiellen Unmöglichkeit, den Kampf zu verlängern, gezwungen seien, die uns auferlegten Bedingungen anzunehmen, da jeder weitere Aufschub uns nur noch schmerzlicheren Folgen aussetzen könnte. (Gez.) Wimpffen, Ducrot, Forgeot, Lebrun Douay, Dejan.

die obligatorische Civilehe sich ausgesprochen und nur, wenn überhaupt die Civilehe unvermeidlich sei, der obligatorischen vor der fakultativen Civilehe den Vorzug gegeben. Gegen diese Auffassung erklärt sich jetzt ein sehr streng kirchlicher Pfarrer, Licentiat Dr. Gerlach zu Friedersdorf bei Seelow, in einer langen Zusendung an die „Nordd. Allg. Ztg.“, welche den Nachweis zu führen sucht, daß die „Kreuzzeitung“ das kirchliche Interesse in der Civilehefrage entfernt nicht vertritt und die Unabhängigkeit der bürgerlichen Folgen der Eheschließung von der kirchlichen Einsegnung im Gegentheil der Kirche zum Vorwurfe gereichen würde. Es heißt in dieser Auslassung eines Schülers des verstorbenen Professors Hengstenberg:

Die „Kreuzzeitung“ vertritt lediglich nur die jetzt verschwindend kleine Anzahl derjenigen Pastoren, welche den polizeilichen Zwang zur kirchlichen Erziehung der Gemeinden für nöthig hält. Es ist Thatsache, daß sich in den letzten Jahren die Zahl derjenigen Geistlichen ungeheuer mehrt hat, welche eine Befreiung von allem staatlichen Zwange für ein entschiedenes Lebensbedürfnis der Kirche halten und deshalb es für sehr schädlich achten, wenn kirchliche sakramentale Handlungen bürgerliche Rechte bedingen. Es wäre gewiß im Interesse der Situation, wenn einmal in politischen Blättern das kirchliche Interesse in der Civilehefrage besser zur Aussprache käme, als es in der „Kreuzzeitung“ geschieht.

Stimmen aus diesem Lager dürften sehr zu beachten sein, um die meist für hochkirchlich gehaltenen Ansichten der „Kreuzzeitung“ auf ihre richtige Bedeutung zurückzuführen. Es wäre bedauerlich, wenn die kleine Partei, welche auch in dieser Frage die „Kreuzzeitung“ vertritt, mächtig genug wäre, um eine Befreiung der durch das gegenwärtige Cherech unvermeidlichen Reibungen zwischen Staat und Kirche zu verhindern.

— Wie der „N.-A.“ hört, sind im laufenden Jahre für die preussischen Eisenbahnen bisher beschafft resp. bestellt: 726 Lokomotiven, 845 Personenwagen und 17,862 Güterwagen. Hiervon waren bis zum 20. September abgeliefert: 265 Lokomotiven, 386 Personenwagen und 7375 Güterwagen und sollten bis zum Jahreschluß noch abgeliefert werden: 197 Lokomotiven, 159 Personenwagen und 5282 Güterwagen, während 264 Lokomotiven, 300 Personenwagen u. 5205 Güterwagen erst im nächsten Jahre zur Ablieferung kommen. Diese Lieferungen und Bestellungen repräsentiren einen Geldwerth von 30 Millionen Thaler.

— Bei der soeben beendeten Konkurrenz zu einem, an Stelle des abgebrannten, neu zu errichtenden Stadttheater in Breslau hat der Baumeister G. Hildebrand in Berlin, der sich schon bei der hiesigen Domkonkurrenz ausgezeichnete, den zweiten Preis gewonnen.

U s l a n d.

Oesterreich. Wien 10. October. Um die Stimmung zu schildern, welche sich hier aller Gemüther bemächtigt hat, seitdem die Ausgleichsbedingungen des Prager Landtages bekannt geworden, kann man die Farben nicht grell genug mischen. Anfangs fanden sich doch noch gläubige Seelen, die einen Trost darin suchten, daß die Regierung selbst das Opfer einer groben Täuschung geworden sei oder daß sie es nur so weit kommen ließ, um die Möglichkeit eines verfassungsmäßigen Ausgleiches ad absurdum zu führen. Indes dieser Wahn dauerte nicht lange. Die Organe der Regierung zeigten sich emsig beflissen ihn zu zerstören. Gestern erklärte die „Abendpost“, diese Postulate böten ein annehmbares Substrat; heute bekommen wir etwas Aehnliches zu hören. Ueberdies hat die Regierung in der Landstube zu Prag keine Silbe der Einsprache erhoben gegen dieses Votum, trotzdem es mit der Verfassung kaum vereinbar ist, wenn ein Landtag sich herausnimmt, eine förmliche Verfassungsurkunde für das ganze Reich zu entwerfen. Kein Zweifel, die Regierung denkt erstlich daran, mit einer solchen Position vor den Reichsrath zu treten. Das Ministerium ist unzugänglich allen Stimmen der Warnung, ist außer Kontakt mit den intelligenten Kreisen der Bevölkerung. Sein erstes Auftreten reichte hin, um in Oesterreich dieselbe Wirkung zu üben, die Frankreichs Anmaßung in Deutschland hervorrief, es schuf eine deutsch-nationale Partei aus all den zerplitterten Nuancen des Deutschösterreichthums. Sein zweiter Schritt wird alle jene konservativen Kreise, die sonst politisch farblos, nur in der Dynastie und in dem abstrakten Oesterreichthum ihre Berührungspunkte finden, dieser Opposition zugesellen. Noch ein Schritt vorwärts und es wird auch die Ungarn auf seinem Wege finden, die zwar heute noch so thun, als ginge sie die Privatbelustigungen der czechisch-feudalen Yiga nicht weiter an, im Innern aber schon ernst besorgt zu werden beginnen.

Die Aklivierung der czechischen Fundamentalgesetze hätte zur unmittelbaren Folge die Personal-Union, also jenes Gebilde, gegen das Deak mit aller Macht seiner Treue und seiner politischen Klugheit angekämpft. Also Feinde ringsum. Graf Hohenwart, von einem bösen Genius geleitet, dürfte auf dem von ihm beschrittenen Wege nur den Ruhm Herostrats finden. Die von Prag aus empfohlene Verfassung ist eine Brandfackel, geschleudert in das alte Haus Oesterreich. Nicht der moderne Föderalismus wird da geschaffen, denn auch dieser kennt eine starke Centralgewalt unbeschadet der Freiheit der Theile. Aufgelöst wird das Reich in eine Reihe von Bestandtheilen, deren jeder fortan nur durch das persönliche Recht der Dynastie an diese geknüpft erschiene. Je

mehr man sich in die haarsträubenden Details vertieft, desto mehr wird man dessen inne. Und obwohl Gründlichkeit sonst keine Tugend unseres Publikums, obwohl man hier an das Unwahrscheinlichste gewöhnt ist, so giebt sich dieser Eindruck doch allenthalben kund. Wahrscheinlich liebt es der Kaiser gleich Harun-al-Raschid sich verkleidet unter dem Volke zu bewegen, er müßte gerührt sein von der Lebhaftigkeit, mit der sein Erbe und die Integrität desselben allenthalben vertheidigt wird gegen die Antastungen, die zu sanktioniren ihm eine Regierung zumuthet, die sich „wahrhaft österreichisch“ nennt. Angesichts des tief eingetretenen Indifferentismus hätte man die Bevölkerung eines solchen Aufschwunges gar nicht fähig gehalten. Wiederholt kann man aus dem Munde aktiver Staatsbeamten die Worte hören: „Ich würde jede Anforderung, ein solches politisches System zu unterstützen, als das Zeichen zu meiner Entlassung ansehen.“ Der Gedanke, daß die Deutschen einen Reichsrath beschicken werden, in den czechische Delegirte mit dieser Forderung in der Faust und unterstützt von der Regierung eintreten, ist undenkbar. Alte, bewährte Fürsprecher einer Verfassungsreform wenden sich mit Abscheu ab von einem Projekte, das unsere Verfassungskämpfe von 1848 bis zum heutigen Tage, alle Errungenschaften dieser Epoche schlechtweg ignort. Und dennoch keine Umkehr? „Es geht ein finsterner Geist durch dieses Haus!“

Frankreich. Aus Algier, 2. October, wird der „Korresp. Havas“ geschrieben: „Die Aufregung in der Provinz Constantine ist noch nicht ganz unterdrückt, wie es die Depeschen der letzten Tage hoffen ließen; die Grenze von Tunis ist besonders unruhig und man nimmt dort eine drohende Haltung an, und täglich hört man von wortbrüchigen Raids der Scheiks, welche mit ihren Kontingenten die Masse der Insurgenten vergrößern. Die Witterungsverhältnisse, welche seit dem Juni herrschen u. besonders so drückend im September waren, haben nicht nur die Anstrengungen unserer Truppen gelähmt, sondern ihnen auch bedeutende Verluste beigebracht. Trozdem ist das Gros der Insurrection besiegt und wir befinden uns nur Fraktionen von Stämmen gegenüber, welche die aufgelegten Bedingungen nicht annehmen wollen. Man fürchtet allgemein, daß die Konfiskation, deren man sich in zu großem Maßstabe bedient, für die Zukunft Schwierigkeiten und Gefahren schaffen wird; man fürchtet, daß alle ihres Besitzes beraubten Männer ebensoviel Bandenchefs abgeben werden, deren man nicht so leicht Herr wird. Im Jahre 1847 war man gezwungen, diese Maßregel aufzugeben, weil man bemerkte, daß sie zum Vandalismus führte.“

— Bei Besprechung der Zustände Algeriens sagt das „Journal des Debats“ über die Einwanderung:

Die elsässisch-lothringische Einwanderung hat begonnen. Bei ihrer Ankunft sind die Kolonisten, noch in kleiner Anzahl, durch die Behörden in der Kolonistenherberge untergebracht worden. Dreißig von ihnen, an den Erzbischof von Algier gewiesen, sind von ihm aufgenommen worden. Andere befinden sich im Fort Nicolas, ihre definitive Unterbringung abwartend. Welcher Art wird diese sein? Ein Comité scheint sich gebildet zu haben, um unsern unglücklichen Landsleuten Arbeit zu verschaffen. Es zeigt an, es könne eine Familie Ackerbauer, einen Bauernknecht, zwei Mühlenknechte, einen Schlosser, zwei Tagelöhner unterbringen. Es wird dies ohne Zweifel können, aber kommen die Auswanderer deshalb dorthin? Glaubt man, sie werden eher nach Algier als anderswohin gehen, wenn sie nach Arbeit suchen müssen? Das ist gut für die Neuankommenden, welche schnell genug die Arme und ihre Intelligenz werden verwerthen können, aber die Andern? Die Kolonie hat nicht so viele Bedürfnisse, daß eine bedeutende Ausschiffung von Einwanderern nicht Verwirrung in ihr ökonomisches Leben bringen sollte. Die Neuankommenden müßten Bedingungen vorfinden, um sich selbst genügen zu können, und das scheint fast unmöglich. Die Regierung wird entweder gezwungen sein, während einiger Zeit für ihren Unterhalt zu sorgen, oder nur diejenigen anzunehmen, welche Crisismittel vorweisen können. Im ersteren Falle wird sie bald müde werden bei einem so entfernten und vom Zufalle abhängenden Resultate Unterstützungen zu leisten; im zweiten Falle, werden alle Familien zurückgesetzt werden, die kein ziemlich hohes Kapital als ihr Eigenthum aufweisen können, damit ihre Unterbringung dem Staate nichts koste. Der „Altkar“ beklagt sich gerade, daß man dieses letzte Mittel gewählt hat. Nach dem Gesetze sollen die in Velfort und Nancy eingesetzten Kommissionen sich nicht nur mit der Moralität und der Befähigung der Emigranten, ackerbauende Kolonisten zu werden, beschäftigen, sie haben sich auch zu versichern, ob jede Familie die nöthigen Geldmittel, welche wenigstens 5000 Franken betragen müssen, besitzt. Augenscheinlich wird die elsässische Einwanderung unter diesen Bedingungen sehr spärlich ausfallen, und die 100,000 für sie bestimmten Hektaren werden wohl größtentheils unkultivirt bleiben. Es war da Etwas Besseres zu thun.

Versailles, 10. October. Die „Cloche“ berichtet: „Heute sind mehrere Depeschen aus Berlin nach Versailles gelangt, welche auf die schwebenden Verhandlungen Bezug haben; die ersten Depeschen verlangten vollständigerer Instruktionen. Man glaubt, die Rückkehr des Hrn. Poucher-Quertier werde noch in dieser Woche stattfinden. Bis jetzt rechnet man auf einen günstigen Abschluß.“

Das dritte Kriegsgericht verurtheilte gestern den Hauptmann Vardy und den Lieutenant Hervy, ferner den Hauptmann Aubray von den Föderirten zur einfachen

Deportation, den Lieutenant Heudebert zu fünf Jahren Gefängniß.

England. Die Mormonen, gegen welche die Regierung der Vereinigten Staaten endlich eingeschritten ist, scheinen sich in England schadlos halten und Propaganda machen zu wollen. In einer der Vorstädte Londons hat eine Mormonenkonferenz stattgefunden, bei welcher mehrere „Heilige vom Salzsee“ zugegen waren.

Italien. Garibaldi hat auf eine Anfrage, wie es um seine Geschichte des Feldzuges in den Vogesen steht, geantwortet:

„Caprera, 26. Septbr. 1871. Ich habe den Feldzug der Vogesen-Armee als eine Episode meiner Memoiren geschrieben, die zur Veröffentlichung bei meinen Lebzeiten nicht bestimmt sind u. s. w.“

Türkei. In Constantinopel ist am 2. d. der Grundstein zu einer großartigen deutschen Schule gelegt. Nicht bloß für Deutsche; die Türken sehen die Nothwendigkeit ein, sich mit der deutschen Cultur bekannt zu machen.

Amerika. Newyork, 10. October. Die letzten Kabel-Nachrichten von vorstehendem Datum in Chicago zeigen, daß die ersten Telegramme über die furchtbare Feuersbrunst keineswegs übertrieben waren. Bei starkem Südwind brach das Feuer im südlichen Stadttheile aus und verbreitete sich meilenweit über die eigentlichen Geschäftsviertel. Tausende von Gebäuden sind zerstört, darunter sämtliche Banken, das Gerichtshaus, die Wasserwerke und die größten Waarenhäuser und Hotels. Beinahe die halbe Stadt liegt in Asche, u. lange Zeit suchte man vergeblich des Feuers Herr zu werden. Man griff zu den verzweifeltsten Mitteln und suchte die Flammen dadurch zu isoliren, daß man ganze Gebäude durch Pulver in die Luft sprengte. Viele Personen wurden getödtet, doch läßt sich die genaue Zahl noch nicht feststellen: 100,000 Menschen sind obdachlos und der Schaden wird auf nicht weniger als 150 Millionen Dollars angegeben. Von allen Seiten geht Hilfe an Lebensmitteln, Kleidungsstücken und Geld ein. In Newyork fielen in Folge dieses Unglücks die Aktien aller Bahnen, welche Chicago berühren und die Lebensmittel stiegen im Preise.

Newyork, 12. October. Wie aus Chicago berichtet wird, sollen daselbst Zelte zur Unterbringung der Obdachlosen, deren Zahl auf 75,000 geschätzt wird, errichtet werden. Die Anzahl der bisher aufgefundenen Todten beträgt mehr als 100; noch fortwährend kommen Todesfälle in Folge der erlittenen Verletzungen vor. 40 Personen, welche während der Feuersbrunst plünderten, wurden hängend. Die Zufuhr von Lebensmitteln dauert fort; auch aus Kanada sind bedeutende Sendungen eingetroffen.

Provinzielles.

Flatau, 12. October. Gestern fand zu Zastrow die Wahl eines Landtags-Abgeordneten für den Wahlkreis Flatau-Grone statt. Kaum $\frac{1}{2}$ der Wahlmänner war hierzu erschienen und dabei fehlten die Polen bis auf den letzten Mann. Die polnische Presse hat zwar den Aufruf des polnischen Central-Wahl-Comités für Westpreußen veröffentlicht, nach welchem der Rittergutsbesitzer von Bojanowski zu Głuboczko gewählt werden sollte. Sei es nun, daß den polnischen Wahlmännern der Candidat nicht paßte, kurz und gut, es war kein polnischer Wahlmann da. Selbst der Candidat der Polen wußte kaum von seiner Aufstellung, denn auch er fehlte. Der bisherige Abgeordnete, Kreis-Gerichts-Direktor von Bismark, wurde mit 81 Stimmen wiedergewählt, der Regierungspräsident Graf zu Eulenburg in Wiesbaden erhielt 25 Stimmen. Den Polen wird nun ein Licht aufgehen daß unser Wahlkreis die Bestrebungen des Central-Wahl-Comités nicht theilt.

Königsberg, 12. October. Da nun schon seit mehreren Tagen keine Erkrankungen an der Cholera vorgekommen, so dürfte dieselbe als erloschen zu betrachten sein. Bis gestern waren 2878 Erkrankungen polizeilich gemeldet.

Das Gut Juditten mit allen Pertinenzien ist am Montag an den Verwalter der Wickbolder Bierniederlage, Herrn Kaiser, für 22,000 Thlr. verkauft worden. Derselbe beabsichtigt nun den Bau mehrerer Villen selbst auszuführen und so diesen Ort zu einem angenehmen Sommeraufenthalt für Miether einzurichten.

Der hier seit einigen Tagen eingetroffene Organist der St. Marienkirche zu Danzig Herr Jankewitz hat in der hiesigen Domkirche ein Orgelconcert gegeben, welches sehr zahlreich besucht war und worin Herr J. als Orgelvirtuose recht Bedeutendes leistete.

Gumbinnen, 11. Octbr. Der Kreistag von Darkehmen beschloß mit 14 gegen 12 Stimmen das zum Bau der Eisenbahn von Insterburg nach Darkehmen erforderliche Terrain unentgeltlich abzutreten.

Berschiedenes.

Ueber einen angeblichen Sohn des Herzogs von Reichstadt wird aus Stuttgart geschrieben. Neulich meldeten verschiedene Blätter, daß der schon früher aufgetauchte angebliche Sohn des verstorbenen Herzogs von Reichstadt aus einer geheimgelassenen Ehe desselben mit einer ungarischen Grafentochter vom kaiserlichen Bezirksgerichte in Jich wegen Fälschung seines Wanderbuches abgestraft und aus den cisleithanischen Ländern des Kaiserstaats ausgewiesen worden sei. Derselbe hat früher einige Jahre hier gelebt, wo er, mit einem Wanderbuch als Karl Gustav Ludwig von Wurzen im

